Nr. 127. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Freitag, 16. März 1894.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin. Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 15. März.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 15. März.

Der Präsident Fürst zu Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Eingetreten in das Haus ist der vom Kaiser berufene Präsident des evangelischen Oberkirchenraths Dr. Barkhausen.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Novelle zur evangelischen Kirchenverfassung und Synodalordnung.

Nach der Vorlage sollen Kirchengesetze, die Bestimmungen der Gemeinde- und Synodalordnung und der Generalsynodalordnung, sowie der späteren zur Abänderung dieser Ordnungen erlassenen Gesetze abändern, der staatlichen Genehmigung nur bedürfen, wenn sie betreffen: die Selbstverwaltung der Angelegenheiten durch Gemeindekirchenrath und Gemeindevertretung, die Zusammensetzung des Gemeindekirchenraths, die Zahl der Aeltesten, die Ernennung eines Aeltesten durch den Gemeindepatron, die Beurkundung der Gemeindekirchenraths-Beschlüsse durch den Vorsitzenden, die Vertretung der Gemeinde durch den Gemeindekirchenrath in vermögensrechtlicher Beziehung, die Rechte des Patrons bezüglich der Aufsicht über die Gemeindeverwaltung, die Wahl und Stärke der Gemeindevertretung, die beschließende Mitwirkung mit dem Gemeindekirchenrath, die Wahlberechtigung, die Zusammensetzung der Kreissynode und der Provinzialsynode, die Wahl derselben, die Bewilligung der kirchlichen Ausgabe zu provinziellen Zwecken durch die Provinzialsynode und die Zustimmung des Konsistoriums zu denselben, die Synodalkosten, die Ausdehnung und Zusammensetzung der Generalsynode, den Erlaß landeskirchlicher Gesetze durch den König, die Bewilligung neuer Ausgaben zu landeskirchlichen Zwecken 2c.

Die Kommission beantragt, unter die einer staatlichen Genehmigung bedürfenden Abänderungsvorschläge einzubegreifen diejenigen, welche die Bestimmungen der Gemeindeordnung betreffen, daß der Gemeindekirchenrath die religiöse Erziehung der Jugend zu beachten, ohne daß ihm jedoch eine unmittelbare Einwirkung auf die Schule zusteht, ferner die, daß der Gemeindekirchenrath die Interessen der Gemeinden bei Parochialveränderungen zu vertreten hat und endlich die, daß in Städten mit mehreren Synodalkreisen auf das Zusammentreten mehrerer Kreissynoden zu Berathung gemeinsamer Angelegenheiten Bedacht zu nehmen ist.

Hierzu liegen 2 Anträge vor: 1. ein Antrag des Frhrn. v. Durant will, daß eine etwaige Abänderung der Bestimmung über den Einfluß des Gemeindekirchenraths auf die Schule nicht der staatlichen Genehmigung bedürfen soll;

2. die Herren Hammer, Dr. Hinschius, Struckmann und Zelle beantragen, daß die Nothwendigkeit der staatlichen Genehmigung zu etwaigen Abänderungen der Gemeindeordnung u. s. w. ausgedehnt werde auf weitere Bestimmungen über die Vorlage hinaus, z. B. auf die über die Verwaltung der Kirchengebäude, über die Selbstständigkeit der Wahlberechtigten, über das passive Wahlrecht für Gemeindevertretung und Gemeindekirchenrath, über die Entlassung der Aeltesten, Ergänzung der Gemeindeordnung durch Gemeindestatut 2c.

Nachdem der Referent v. Wedell-Piesdorf die Kommissionsvorschläge kurz begründet, rechtfertigt Oberbürgermeister Struckmann in sehr ausführlicher Weise seinen Antrag. Er verweist auf die große Schwierigkeit der ganzen Materie, sowie darauf, daß die Generalsynode nur eine Revision der Synodalordnung verlangt, sich aber über Einzelheiten überhaupt nicht eingelassen habe. Er behauptet, daß die Richtung innerhalb der evangelischen Kirche, welche die kirchliche Gesetzgebung von der staatlichen Gesetzgebung unabhängig machen wolle, mit dem, was ihr hier geboten werde, nicht zufrieden sein werde, es werde vielmehr allmälig zum Sprengen der kirchlichen Gemeinschaft kommen. Es würden zahlreiche Austritte aus der Kirche erfolgen, weil diese Partei darauf hinausgehe, die Kirche äußerlich unabhängig hinzustellen, innerlich aber die Gewissen zu binden und einen Organismus nach katholischem Muster herzustellen. Weshalb sollte es nicht gelingen, in unserer ernsten Zeit das Einigende mehr hervorzukehren als das einseitige Parteiinteresse? Weshalb das dogmatische Gezänk? Was mit der Vorlage erreicht werden solle, würde einen Zustand herbeiführen, den man nicht mehr als die evangelische Landeskirche Preußens bezeichnen könne. Im Interesse der Einigkeit und des kirchlichen Friedens empfehle er seine Anträge.

Kultusminister Dr. Bosse tritt diesen Ausführungen entschieden entgegen. Die Vorlage habe mit dem evangelischen Glaubensbekenntniß absolut nichts zu thun, es solle dadurch durchaus kein Zustand geschaffen werden, welcher einen großen Theil evangelischer Christen zum Austritt aus der evangelischen Landeskirche dränge, und welcher nicht mehr als evangelische Landeskirche Preußens bezeichnet werden könnte. Herr Struckmann sei staatlicher als der Staat selbst und die evangelische Kirche laufe gerade dann Gefahr, wenn sie in staatliche Fesseln gelegt werde. Es sei wunderbar, wie man in diesem Gesetz die wildeste Reaktion, das finsterste Mittelalter habe sehen können; die Vorlage bezwecke nichts weiter, als einem einstimmig gefaßten Beschlusse der Generalsynode Entgegenkommen zu beweisen, sie sei aus keiner andern Gesinnung hervorgegangen, als aus der, zwischen Staat und evangelischer Kirche ein friedliches und gedeihliches Verhältniß herzustellen. (Beifall.)

Frhr. v. Durant dankt der Regierung für diese Vorlage und bedauert nur, daß sie in der eingeschlagenen Richtung nicht weiter geht. Er empfiehlt seinen Antrag.

Herr v. Stosch spricht gegen die Vorlage. In der evangelischen Kirche darf kein Bekenntnißstand festgelegt werden.

Graf Zieten-Schwerin bestreitet, daß letzteres geschehe, und empfiehlt die Vorlage.

Dr. Hinschius hat prinzipielle Bedenken gegen die Vorlage.

Herr v. Bethmann-Hollweg hat gewichtige Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage.

Herr Ober-Bürgermeister Bender hält die Vorlage noch nicht für spruchreif und bittet, die Endabstimmung bis nach Ostern auszusetzen. Die Vorlage bringe die evangelische Kirche der katholischen Kirche dem Wesen nach näher.

Herr Dr. Barkhausen bestreitet letzteres; der evangelischen Kirche fehle durchaus der episkopale Charakter der katholischen Kirche. Die Einmischung der Landesgesetzgebung in rein kirchliche Angelegenheiten werde als ein Unrecht empfunden, und ein Unrecht gut zu machen, ist es nie zu spät; dieses Wort des alten Kaisers Wilhelm möge man auch hier bethätigen. In Hannover und in den westlichen Provinzen besitzen die Kirchengemeinden die hier für die östlichen Provinzen geforderten Rechte längst.

Damit schließt die Generaldebatte.

Von Herrn Bender ist ein genügend unterstützter Antrag eingegangen, die wiederholte Schlußberathung stattfinden zu lassen. Dem Präsidenten wird zugleich die Bitte ausgesprochen, diese Schlußberathung erst nach Ostern stattfinden zu lassen. Der Präsident behält sich seine Entschließung über diese Bitte bis zum Schluß der Sitzung vor.

Nach längerer Spezialberathung wird zum § 1 der Antrag des Frhrn. v. Durant angenommen, die sämmtlichen Anträge Hammer und Genossen werden abgelehnt. Der Rest der Vorlage wird unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Der Präsident erklärt, daß er nicht in der Lage sei, dem Wunsche des Herrn Bender nachzukommen; es sei nöthig, namentlich mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses, die Vorlage hier schnell zu erledigen.

Das Haus beschließt nach langer Geschäftsordnungsdebatte, die nochmalige Schlußberathung morgen stattfinden zu lassen.

Nunmehr zieht Herr Bender seinen Antrag auf nochmalige Schlußberathung zurück.

Es wird der Gesetzentwurf sodann in der Gesammtabstimmung angenommen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß $5\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 16. März. Zu den falschen Gerüchten, die in der letzten Zeit über den Gesundheitszustand Sr. Majestät des Kaisers in Umlauf gesetzt worden sind, wird dem „Hamb. Korresp." anscheinend offiziös geschrieben:

„An der Berliner Börse wird wieder ein verwerfliches Spiel mit tendenziösen Gerüchten getrieben, die sich mit dem Gesundheitszustand des Kaisers beschäftigen. Diesen Gerüchten fehlt, wie uns aus bester Quelle bestätigt wird, jegliche thatsächliche Unterlage. Man wärmt die alte Fabel von einem Ohrenleiden des Kaisers auf, das einen operativen Eingriff nöthig mache; thatsächlich hat der Kaiser seit vier Jahren keinen Ohrenarzt gesprochen. Er bewegt sich unausgesetzt im dienstlichen wie im gesellschaftlichen Verkehr vor aller Oeffentlichkeit; seine Spazierritte und Spaziergänge geben Jedermann, der sich in der Reichshauptstadt befindet, Gelegenheit zu sehen, welcher uneingeschränkten Frische und Rüstigkeit der Monarch sich erfreut. Werden in gewissen Kreisen der Berliner „Gesellschaft" anders lautende Gerüchte vertrieben, so handelt es sich um einfachen Klatsch, der in Zeiten politischer Erregung wie die gegenwärtige dazu dient, daß Leute, die gar wichtig thun, doch etwas zu zischeln und mitzutheilen haben, und es ist verwerflich, wenn solcher Klatsch von Börsenblättern zu unlauteren Zwecken ausgebreitet wird."

— Wie der „Nordd. Allg. Ztg." aus Stuttgart mitgetheilt wird, gedenkt sich der als würtembergischer Gesandter auf den Berliner Posten in Aussicht genommene Frhr. v. Varnbüler alsbald nach dem 1. April nach Berlin zu begeben.

— Die Verhandlungen über die Forderung für das Nationaldenkmal, über deren gründliche Verfahrenheit schon mehrfach Klage geführt ist, haben im Reichstage selbst zu einem häßlichen Zwischenfall geführt. Während im Mai 1888 der Reichstag einmüthig den Beschluß faßte, dem Begründer des Reiches, als Ausdruck des Dankes der Nation, ein Denkmal zu errichten, hat die sozialdemokratische Partei die erste Gelegenheit, den damals gefaßten Beschluß zu verwirklichen, dazu benutzt, um nicht nur öffentlich Widerspruch gegen die Bewilligung der Forderung zu erheben, sondern diesen Widerspruch auch noch in gehässiger und verletzender Weise zu begründen. Niemand zweifelt daran, daß Herr Bebel und seine Genossen antimonarchisch gesinnt sind; aber die große Schaar der Mitläufer, auf die sich die sozialdemokratische Führerschaft bei solchen Gelegenheiten zu berufen pflegt, ist uns mehr als zweifelhaft. Um so dankenswerther war es, daß Herr v. Bennigsen gegen die beleidigenden Herausforderungen des Herrn Singer mit aller Entschiedenheit Widerspruch erhob und daß sich ihm in diesem Proteste auch die Führer des Zentrums und der konservativen Partei angeschlossen haben. Was die Frage selbst betrifft, so ist es richtig, daß, als der Reichstag am 2. Juli 1890 den Beschluß faßte, die Art der Gestaltung des Denkmals solle dem Kaiser überlassen werden, ausdrücklich bemerkt ward, daß der Entscheidung über die Finanzfrage damit nicht vorgegriffen werden solle. Aber es ist bekannt, daß damals die großen, mit den ersten Preisen gekrönten architektonischen Entwürfe im Vordergrund der Besprechung standen, deren Ausführung 40—60 Millionen erfordert hätte. Hätte man damals schon ein Pauschale von 8 Millionen gefordert, man hätte es voraussichtlich sicher erhalten; waren doch auch jetzt noch Linksliberale zur Bewilligung einer solchen Forderung bereit. Die Finanzlage ist gewiß nicht günstig; aber muß es nicht einen seltsamen Eindruck machen, daß der Reichstag in demselben Augenblicke, wo er einen kostspieligen Prunkbau, der 30 Millionen erfordert, beziehen will, die Kosten für das Denkmal des Kaisers bemäkelt, dessen Schwert die Millionen für jenen Bau gewonnen hat?

— Der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft ist folgendes offizielle Telegramm aus Rio de Janeiro vom 14. d. Mts. zugegangen:

„Gestern, beim Ablauf der dem diplomatischen Korps und der Bevölkerung angekündigten Frist, eröffneten die Regierungsbatterien das Feuer. Die Forts und die Schiffe der Aufständischen antworteten nicht. Es wurde festgestellt, daß die Forts in der vorhergegangenen Nacht verlassen waren. Das Regierungsgeschwader, welches den Eingang zum Hafen bewachte, fuhr darauf in letzteren ein. Die Schiffsmannschaft und die aufständischen Truppen befanden sich auf der Insel Enxadas. Saldanha da Gama und die Offiziere waren an Bord der auswärtigen Kriegsschiffe geflüchtet."

— Das Ergebniß der Budgetberathung im Reichstage liegt jetzt in einer Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Lesung vor, die durch die dritte Berathung nur eine ganz unerhebliche Korrektur erfahren. Nach dem Etatsentwurf sollten die Matrikularbeiträge im Jahre 1894/95 betragen 419 592 544 Mark, davon sind in Wegfall gekommen 20 268 034 Mark; die Matrikularbeiträge betragen also nur 399 324 510 Mark, übersteigen also diejenigen des laufenden Jahres nicht um 39 541 774, sondern nur um 19 260 365 Mark. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten betragen nach wie vor 355 450 000 Mark oder mehr gegen das laufende Jahr 6 232 000 Mark. Zieht man diese von dem Mehrbetrag der Matrikularbeiträge ab, so sinkt dieser auf 13 028 365 Mark, ein Betrag, der gegenüber einem Gesammtetat von 1 286 564 850 Mark kaum ins Gewicht fällt. Der aus der Anleihe zu deckende Betrag ist durch die Beschlüsse des Reichstags um 10 348 045 Mark vermindert; der Anleihebedarf beträgt also nur 116 537 975 Mark, von denen 105 910 395 Mark zur Bestreitung einmaliger Ausgaben des Reichsheeres der Marine, und der Reichseisenbahnen erforderlich sind.

** In der „Freisinnigen Zeitung", welche bekanntlich von Herrn Eugen Richter inspirirt wird, wird mit Vorliebe die Behauptung kultivirt, daß die Lage der preußischen Finanzen eine Verbesserung und insbesondere eine solche in ihrem Verhältnisse zum Reich nicht bedürfe. Die Erörterungen, welche die Budgetkommission an der Hand des Nettoetats über die Lage der preußischen Finanzen anstellt, dürften sehr bald den wirklichen Sachverhalt klarstellen und weiteren Versuchen zur Verdunkelung desselben ein Ende machen. Wenn aber aus dem Umstande, daß in dem laufenden Kalenderjahre voraussichtlich eine Anleihe zu Lasten Preußens nicht aufgenommen werden wird, der Schluß gezogen werden sollte, daß das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe hergestellt sei, so wird einfach übersehen, daß der Mehrüberschuß der Eisenbahnverwaltung für 1893/94 zwar den noch bei Vorlegung des Etats für 1894/95 angenommenen Betrag von 48 Millionen Mark erheblich vermindert, aber doch nicht entfernt beseitigt, vielmehr zum großen Theile bestehen läßt und daß er mit dem Fehlbetrage des Jahres 1894/95 überhaupt nichts zu thun hat. Die Ursache, weshalb eine Anleihe nicht nothwendig ist, liegt vielmehr darin, daß der aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer aufzusammelnde Fonds zur Verfügung steht und zwar in Höhe von etwa 40 Millionen Mark für jedes der drei Jahre vom 1. April 1892/93 bis 1894/95. Es ist offenbar viel zweckmäßiger, dessen Bestände zur Deckung andernfalls durch Anleihen zu bestreitender Ausgaben zu verwenden, als sie zinslos in den Kassen zu behalten oder zwischenzeitig zinsbar anzulegen, während gleichzeitig Anleihen aufzunehmen wären. Da mit dem 1. April 1895 die Entnahme aus diesem Fonds aufhört, handelt es sich auch hier um ein vorübergehendes Aushülfsmittel, welches mit dem Ende des Etatsjahres 1894/95 aufhört und für die Beurtheilung der dauernden Finanzlage Preußens nicht in Betracht kommt.

** Zwei hiesige Organe des Fortschritts fahren mit ihren unsinnigen Verdächtigungen gegen den Finanzminister, als ob derselbe gegen den Herrn Reichskanzler opponire, fort. Sie bewegen sich dabei nach Art von Klatschbasen in dunkeln unfaßbaren Andeutungen, wie sie auch schon die Rede des Finanzministers für die Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages, welche, wenn auch mit voller Anerkennung der Nothlage der Landwirthschaft in den östlichen Provinzen doch mit der größten Bestimmtheit die Nothwendigkeit der Annahme der Vorlage betonte, für eine Art Gegenrede gegen die Politik des Reichskanzlers erklärten, — ein Vorgehen, welches um so charakteristischer wird durch einen neuerlichen Artikel im Organe des Bundes der Landwirthe, welcher sich in der entschiedensten Weise gegen die Ausführungen des Finanzministers wendet. Gleichzeitig wird noch immer verbreitet, daß Herr von Böttticher die Stelle eines Oberpräsidenten erstrebe und daß der Ministerpräsident Graf Eulenburg vorläufig Reichskanzler werden soll, um demnächst durch den Finanzminister Dr. Miquel ersetzt zu werden; es wird sogar behauptet, diese Kombination habe aus Friedrichsruh das placet erhalten. Solche Hintertreppen-Erfindungen tragen ihren Charakter an der Stirn für jeden Menschen, der die preußischen Zustände kennt; sie erwecken aber bei dem unwissenden Publikum sonderbare Vorstellungen von dem Verhältnisse der preußischen Minister unter einander und zur Reichsregierung. Dieselben Blätter, welche derartige Ausstreuungen verbreiten, immer mit dem Hinweis, daß sie nicht wissen, ob sie begründet seien oder nicht, erklären gleichzeitig den Finanzminister für amtsmüde und triumphiren im Voraus über das Scheitern der Reichssteuerreform, welche sie kurzweg als die Miquelschen Steuerprojekte bezeichnen.

Man würde allen diesen Ausstreuungen zu viel Ehre anthun, wenn man sie überhaupt nur ernstlich dementiren wollte.

** Der jetzt so oft genannte Mittellandkanal, für welchen Se. Majestät der Kaiser so lebhaftes Interesse bekundet, ist das letzte Stück der Kanalverbindung zwischen Rhein, Weser und Elbe außer der als Theil des Dortmund-Emshafenkanals im Bau begriffenen Strecke Dortmund-Bevergern und der geplanten Kanalverbindung von Dortmund nach dem Rhein. Der Mittellandkanal soll bei dem bereits genannten Orte Bevergern am nördlichen Abhange des Teutoburger Waldes von der Emshafenlinie in östlicher Richtung sich abzweigen und in der Richtung von Osnabrück—Minden—Hannover—Lehrte durch den Drömling unterhalb Magdeburg gegenüber der Mündung des Plauener Kanals die Elbe erreichen. Der Mittellandkanal wird daher nicht nur die Verbindung des Rheins und des rheinisch-westfälischen Berg- und Industriegebiets mit der Elbe, sondern vermittelst des Plauener Kanals auch mit den märkischen Wasserstraßen mit dem Zentrum Berlin und durch diese mit der Oder und mittelst der Netze, des Bromberger Kanals und der Brahe mit der Weichsel herstellen. Mit seiner Vollendung besteht sonach eine allerdings in den Abmessungen nicht überall gleiche Wasserstraße von dem Westen bis zum Osten Preußens, von den Kohlen- und Eisendistrikten Rheinlands und Westfalens bis zu dem östlichen Produktionsgebiete von Brodfrucht, Holz und anderen Erzeugnissen der Land- und Forstwirthschaft.

Neben der Möglichkeit, so wichtige Verkehrsplätze, wie Osnabrück, Minden, Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Magdeburg mittelst Stichkanälen unmittelbar an die von Westen nach Osten durchgehende Wasserstraße anzuschließen, eröffnet sich für Bremen die Aussicht, durch Kanalisirung der oberen Weser bis Nienburg und Herstellung eines Kanals von dort zum Mittellandkanal die ihm wegen der ungenügenden Fahrtiefe der Weser bisher versagte leistungsfähige Wasserverbindung mit Mittel- und Westdeutschland zu erlangen.

Die Trace des Kanals steht im Einzelnen noch nicht fest. Die Vorarbeiten unterliegen zur Zeit noch der Prüfung der höheren Baubehörden; dasselbe gilt von den Kostenanschägen. Die nachstehenden Daten verstehen sich daher mit dem hieraus sich ergebenden Vorbehalt.

Die Länge der ganzen Linie vom Rhein bis zur Elbe wird sich auf etwa 475 Kilometer stellen. Die Länge des Mittellandkanals beträgt einschließlich der Hafenkanäle nach Osnabrück, Minden, Hannover und Magdeburg etwa 360 Kilometer. Davon entfallen aber 245 Kilogramm auf die schleusenlose Scheitelhaltung von Osnabrück bis Oebisfelde. Sie soll im Westen mittelst zweier Kanalschleusen erstiegen werden, im Osten sollen zur Entwässerung des Drömlings zwei weitere Schleusengefälle vorgesehen werden, während es im Plane liegt, ins Elbthals mittelst eines etwa 10 Meter hohen Schiffshebewerkes herunterzusteigen. Da die Strecke von Bevergern bis zum Rheine 2 Schiffshebewerke und 4 Kanalschleusen erhalten soll, würden zwischen Rhein und Elbe im Ganzen 11 Schleusen, mithin erst auf durchschnittlich 43 Kilometer eine zu errichten sein. Die Tiefe des Kanals ist mit $2\frac{1}{2}$ Meter, die Drempeln der Schleusen mit 3 Meter, die Sohlenbreite mit 18 Meter, die Breite des Wasserspiegels mit 30 Meter, die nutzbare Länge der Kanalschleusen mit 67 Meter, deren Thorweite mit 8,6 Meter, die lichte Höhe der Brücken auf 4 Meter in Aussicht genommen. Die Kosten werden auf nahezu 150 Millionen Mark geschätzt.

Breslau, 15. März. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte die Kanalgebühr mit 42 gegen 40 Stimmen ab. Das Votum war mit größter Spannung von der Bürgerschaft erwartet worden.

Posen, 15. März. Dem „Posener Tageblatt" zufolge ist das Gesammtresultat der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Meseritz-Bomst folgendes: Szymanski (Pole) 7250, v. Dziembowski (Reichspartei) 4910, v. Mosch (Antisemit) 3260, zersplittert 240 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen v. Dziembowski und Szymanski statt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. März. Abgeordnetenhaus. An der Debatte über das Budgetprovisorium betheiligten sich nur Gegner der Vorlage, nämlich die Jungczechen Eym, Sokol und Vasaty sowie der Dalmatiner Biankini, welche lebhaft gegen die Koalition der Parteien polemisirten. Biankini erhielt einen Ordnungsruf, ebenso der Jungczeche Breznowsky wegen beleidigender Zwischenrufe. Der ruthenische Abgeordnete Wachnianin erklärte sich gegen das Vorgehen der Jungczechen; die Ruthenen würden auch ohne eine slavische Koalition den richtigen Weg finden, um die Entwickelung des ruthenischen Volkes zu erreichen. Der galizische Abgeordnete Romenczuk bemerkte hierauf, Wachnianin habe nicht die Ansicht der Majorität des ruthenischen Klubs ausgedrückt. Die nächste Sitzung wurde auf morgen festgesetzt.

Frankreich.

Wie bereits telegraphisch mitgetheilt, ist Paris gestern schon wieder durch ein anarchistisches Dynamitattentat in Furcht und Schrecken versetzt worden. Das Attentat fand am hellen lichten Tage, in der belebtesten Gegend von Paris, unmittelbar am Eingange der Madeleinekirche statt. Wie durch ein Wunder ist indessen diesmal ein größeres Unheil verhütet worden. Das Attentat hat nur ein einziges Opfer gefordert, und dieses war — der Attentäter selbst. Ueber den Hergang des Ereignisses, welches wieder ganz Paris in Athem hält, melden Pariser Depeschen Folgendes:

„In der Madeleinekirche war für gestern Nachmittag 4 Uhr eine große Fastenpredigt durch den beliebten Dominikanerpater Garde angesetzt. Gegen 2 Uhr wurde der Küster auf mehrere verdächtige Individuen aufmerksam gemacht, welche sich am Eingange der Kirche aufhielten, doch mangelte es ihm an Zeit, dieselben zu überwachen. Gegen $2\frac{1}{2}$ Uhr erfolgte dann eine furchtbare Detonation. Einem Unbekannten, welcher ein Attentat vornehmen wollte, platzte eine Bombe in seinen Händen, welche ihn sofort in Stücke riß. Weitere Opfer sind bis jetzt noch nicht bekannt. Ein nennenswerther Materialschaden wurde nicht angerichtet. Der Platz vor der Kirche und die umliegenden Straßen wurden sofort polizeilich gesperrt. Die Aufregung in der Stadt ist eine ungeheure."

Ueber die Ursachen der jedenfalls verfrühten Explosion und die Persönlichkeit des Attentäters erhält das „B. T." von seinem Pariser Korrespondenten folgendes Privat-Telegramm:

„Die Explosion erfolgte im Innern der Madeleine, rechts vom Eingang, wo ein kleiner Verschlag zur Verhütung von Zugluft angebracht ist. Man nimmt an, daß der Getödtete, in dem man den Attentäter sieht, entweder von der Thür gestoßen worden ist, wodurch die Explosion frühzeitig erfolgte, oder daß er den Mechanismus der Thür, die ins Kircheninnere führt, nicht kannte und über die bereits gelegte Bombe wieder wegsteigen mußte, um ins Freie zu gelangen. Der ganze Bauch ist ihm aufgerissen worden, so daß die Gedärme heraustraten. Das Gesicht ist dagegen gut erhalten. Der Thäter ist ein etwa sechsundzwanzig Jahre alter Mensch mit braunem Schnurrbart und braunem, in der Mitte gescheitelten Haar. Er trägt sehr ärmliche Kleidung, in einem bei der Leiche gefundenen Notizbuch befanden sich Zeitungsausschnitte, allerlei Aufzeichnungen und mehrere Photographien, darunter diejenige Ravachols. Unter den Leuten, die sich im Innern der Kirche befanden, und nach der Schließung der großen Gitterthore die Flucht ergreifen wollten, wurden zwei Individuen als der Beihülfe verdächtig verhaftet."

Der Attentäter in der Madeleine ist in kurzer Zeit bereits der zweite Anarchist, der die vernichtende Wirkung des Dynamits am eigenen Leibe verspürt hat. Der erste war bekanntlich der Anarchist Bourdin im Parke zu Greenwich. Vielleicht wird, was dem Staat mit allen seinen Machtmitteln und seinen härtesten Strafen nicht gelungen ist, die Anarchisten von weiteren Dynamitverbrechen abzuschrecken, der blinden Gewalt der Materie selbst gelingen, die keinen Unterschied macht zwischen dem Thäter und dem erkorenen Opfer.

Paris, 15. März. Deputirtenkammer. Ministerpräsident Casimir Périer betont die zwischen den Anhängern der Verfassungsrevision bestehende Uneinigkeit. Das Land wünsche keineswegs eine Verfassungsänderung, sondern vielmehr andere, dringendere Reformen. Der Augenblick sei für eine Abänderung der Verfassung wenig geeignet.

Italien.

Rom, 15. März. Die Finanzkommission hat ihre Arbeiten beinahe beendigt, ein Einvernehmen mit der Regierung scheint wahrscheinlich, da die Kommission einige Regierungsentwürfe gebilligt hat, wie zum Beispiel die Erhöhung des Salzpreises, des Getreidezolles und der Alkoholsteuer. Was die Grundsteuer anbetrifft, ist die Kommission geneigt, nur ein Zehntel zu billigen. Ich bin außerdem in der Lage, zu versichern, die Kommission habe fast einstimmig die Erhöhung der Kouponsteuer der italienischen Rente abgelehnt.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 15. März. Der Minister des Auswärtigen hat seine Entlassung genommen.

Großbritannien und Irland.

London, 15. März. Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich wird dem Vernehmen nach am Montag nach Deutschland abreisen.

Serbien.

Belgrad, 15. März. Das „Amtsblatt" bespricht die Antwort des österreichischen Minister-Präsidenten Fürsten v. Windischgrätz auf die Interpellation des Abgeordneten Biankini und betont, die maßgebenden serbischen Kreise ständen den in Umlauf gesetzten Mobilisirungsgerüchten vollständig fern und wären durch die erwähnten Gerüchte ebenso überrascht und unangenehm berührt worden, wie die übrige politische Welt.

Rumänien.

Bukarest, 15. März. Deputirtenkammer. Bei der Fortsetzung der Berathung der Handelskonvention mit Oesterreich-Ungarn hob der Minister des Auswärtigen, Lahovari, wiederholt die Vortheile des Vertrages hervor. Die Kammer beschloß mit 62 gegen 21 Stimmen auf die Spezialdebatte einzugehen.

Amerika.

Washington, 15. März. Der Senat genehmigte mit 44 gegen 31 Stimmen die Vorlage bezüglich der monatlichen Ausprägung von zwei Millionen Dollars aus dem im Staatsschatze befindlichen, von der Prägegebühr herrührenden Silber.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. März. Ueber die Beschwerde der Tapezier- und Dekorateur-Innung betr. das städtische Submissionswesen referirte in gestriger Sitzung der Stadtverordneten Herr Sieber. Nach diesem Referat hat die Beschwerde folgende Grundlage: „Den Vorschriften gemäß waren die Tapezier- und Dekorationsarbeiten für die städtische höhere Töchterschule ausgeschrieben worden und war ein Submissionstermin auf den 8. Februar anberaumt. Vorher hatte bereits die Firma Gützlaff u. Mahlow freihändig den Auftrag zur Anbringung von Haken und Eisen zu Sonnenvorhängen 2c. erhalten. In dem Submissionstermin waren, als die Interessenten erschienen, bereits drei Offerten geöffnet, nur zwei lagen noch geschlossen. Mindestfordernder war der Tapezier Grotevendt mit 1459,70 Mark. Die Arbeit erhielt jedoch nicht dieser, sondern die Firma Gützlaff u. Mahlow übertragen und wurde dies damit motivirt, daß sich diese Firma in ihrer Offerte „verrechnet" hätte, nach Richtigstellung des Rechenfehlers aber 2,20 Mark billiger gewesen sei als Grotevendt. Letzterer erhob dagegen Beschwerde und Herr Stadtbaurath Meyer hielt dieselbe auch für begründet und setzte einen neuen Submissionstermin auf den 22. Februar fest. In diesem Termin war wieder Grotevendt mit 1386,55 Mark Mindestfordernder, während die Offerte der Firma Gützlaff und Mahlow mit 1583,00 Mark schloß, trotzdem erhielt letztere Firma die Arbeit übertragen, weil sich herausstellte, daß sich dieselbe auch bei ihrer zweiten Offerte um 200 Mark — „verrechnet" hatte. Auf Grund dieser Vorgänge beschloß die Tapezier- und Dekorateur-Innung die Beschwerde an die städtischen Behörden, indem sie Zweifel darüber erhob, „daß einer Firma mit Vertrauen die städtischen Arbeiten übergeben werden könnten, welche bei zwei aufeinander folgenden Submissionen über ein und dieselbe Lieferung gröbliche und kaufmännisch unverzeihliche Verrechnungen in ihren Preisaufstellungen zu Tage gebracht hat. Die Innung hält es nicht für geeignet, in diesem Falle einer Firma die Arbeiten zu übertragen, welche nach Aufstellung ihrer Forderung das vierte Submissionsgebot gegenüber ein und demselben Mindestfordernden hat, und deren Forderung nach amtlicher Richtigstellung in beiden Submissionen eine Differenz von je 200 Mark hatte, mithin nur eine Minderforderung von 2 bezw. 3 Mark ergab". Soweit der Thatbestand. Der Referent entwickelte seine persönliche Ansicht dahin, daß seitens des Magistrats formell kein Verstoß vorgekommen sei, da die vorzeitige Oeffnung der Offerten durch Ansetzung eines neuen Submissionstermins geregelt sei, dagegen könne dem Referenten die Handlungsweise der betheiligten kaufmännischen Firma durchaus nicht gefallen. Die zweimaligen Rechenfehler lassen befürchten, daß auch bei Ausführung von Arbeiten Unordnungen vorkommen können und hätte er es für besser gehalten, wenn im vorliegenden Falle die Firma den Zuschlag nicht erhalten hätte.

Herr Stadtbaurath Meyer erkennt als richtig an, daß bei der ersten Submission durch einen Beamten ungeschickt vorgegangen sei, indem er vor Eröffnung des Termins Offerten öffnete. Sehr schwer sei dies aber dem Beamten nicht anzurechnen, denn es sei mehrfach vorgekommen, daß bei Objekten über 1000 Mark von dem Oeffnen der Offerten in dem Termin abgesehen sei, ohne daß deshalb Beschwerde erfolgt sei. Die Bau-Deputation habe aber sofort einen neuen Termin anberaumt und damit wieder die Submittenten auf gleichen Fuß gestellt. Was die Rechenfehler betreffe, so hätten dieselben bei der Bau-Deputation keinen großen Eindruck gemacht,

denn solche kämen häufiger vor. Möge man selbst annehmen, daß bei diesen Rechenfehlern eine Absichtlichkeit vorliege, so könne man deshalb doch keinen Rückschluß auf die Leistungsfähigkeit der Firma machen.

Herr Klein erinnert daran, daß vor nicht langer Zeit eine Beschwerde von der Maler-Innung eingelaufen sei, welche sich gegen das städtische Submissionswesen gerichtet habe. In der Stadt sei auch bereits vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Submissionen nur zum Scheine ausgeschrieben würden, während thatsächlich die Arbeiten schon vorher vergeben seien und auch im vorliegenden Falle sei es doch auffallend, daß die Anbringung der Paket und Eisen, also die Vorarbeiten, für die in der Submission ausgeschriebenen Arbeiten, bereits vorher freihändig an die Firma vergeben sei, welche dann mit Ueberspringung einiger Hindernisse den Zuschlag erhalten habe. Sehr auffallend sei es doch sicher, wenn sich eine kaufmännische Firma zwei Mal verrechne, denn man müsse doch annehmen, daß bei einer solchen Firma die kaufmännische Bildung das [illegible] mit ihr an Fachkenntniß des Handwerkes fehlt. Die Auffassung des Herrn Bauraths kann Redner nicht billigen, daß ein Verfahren korrekt sei, weil vorher keine Beschwerde eingegangen sei; so wäre eben schon das erste unkorrekte Submissionsverfahren als gültig betrachtet worden. Es sei entschieden nicht richtig, daß Offerten ohne Beisein der Submittenten geöffnet würden, wenn dazu Termin anberaumt sei. Redner will zugeben, daß der Herr Baurath nicht Zeit habe, jeden Submissionstermin persönlich zu leiten, es müßte dies aber von einem angestellten Beamten der Hochbau-Deputation in dem Bureau geschehen und ein ordnungsmäßiges Protokoll darüber aufgenommen werden, dies sei im vorliegenden Falle nicht geschehen.

Herr Baurath Meyer entgegnet, daß ihm nicht so viel feste angestellte Beamte zur Verfügung ständen, er sei gezwungen, Submissionstermine von diätarisch Angestellten abhalten zu lassen. Jedenfalls sei das Verfahren des Magistrats resp. der Hochbau-Deputation ein korrektes gewesen, die Stadt habe keinen Schaden erlitten und damit sei für ihn die Sache erledigt.

Herr Malkewitz bedauert, daß sich der Herr Baurath auf den Standpunkt stelle, den Magistrat treffe kein Verschulden und deshalb sei die Sache für denselben erledigt. Dabei hat der Herr Baurath nicht versucht, auch nur einen der von den Referenten angeführten und in der Petition enthaltenen Punkte zu widerlegen. Jedenfalls sei es zweifellos, daß bei den städtischen Submissionen nicht alles sehr klar sei, es müsse bei denselben doch als erste Bedingung feststehen, daß sie der Rechtsnorm entsprechen. Soviel dem Redner bekannt sei, seien die gegenwärtig angewendeten Submissionsbedingungen nicht einmal Beschlüsse der städtischen Behörden.

Herr Baurath Meyer bemerkt, es sei bei größeren Verwaltungen nicht ausgeschlossen, daß Beamte eine Ungeschicklichkeit begehen. Im vorliegenden Falle handelt es sich eigentlich nur um einen Formfehler, von einem nur diätarisch Angestellten begangen, durch Ungültigkeits-Erklärung der ersten Submission sei derselbe gerügt, nun dürfe man doch kein so großes Aufsehen davon machen.

Herr Dr. Koblick fragt an, ob die Submissionsbedingungen die Genehmigung der Stadtverordneten erhalten hätten, denn dieselben erwiesen sich selbst für den Laien als in jeder Weise unzureichend.

Herr Baurath Meyer erklärt darauf, daß der Magistrat schon seit längerer Zeit neue Submissions-Bedingungen in Ausarbeitung habe, welche demnächst der Versammlung zur Genehmigung zugehen würden. — Damit ist die Besprechung der Petition erledigt.

* Das bisher im Hause Löwestraße 12 untergebrachte Bureau des VI. Polizeireviers befindet sich vom 17. d. M. ab im Hause Pölitzerstraße 70, Eingang von der Schallehnstraße.

* Nach der am 1. April eintretenden Neueintheilung der Polizeireviere vertheilt sich die durch Aufnahme vom 27. Oktober 1893 festgestellte Bewohnerzahl von 125 022 Personen in der Weise, daß das 4. Revier als das größte derselben 18 469 Bewohner zählt, sodann folgen das 7., 2., 6., 5., 8. und zuletzt das 1. Revier mit 12 086 Personen.

* Zur Vermiethung der am Paradeplatz belegenen Kasematte Nr. 50—51 vom 1. April d. J. ab auf unbestimmte Zeit stand heute vor der Kämmerei-Kassen-Deputation Termin an, zu dem nur zwei Bieter erschienen waren. Herr Kaufmann Karl Knuth blieb mit einer bereits früher gemachten Offerte von 75 Mark pro Jahr Meistbietender.

— Dem Verband deutscher Lohnfuhr-Unternehmer, welcher gemäß seines Beschlusses des 6. Verbandstages eine Petition, betreffend Abänderung des Entschädigungsmodus (für auf polizeiliche Anordnung oder eigenes Betreiben getödteter) Pferde, an den Reichstag und Bundesrath gerichtet hatte, ist zunächst von dem Reichskanzler, nach dem „Fuhrhalter", folgender Bescheid zugegangen: „Die von dem Vorstande des Verbandes deutscher Lohnfuhr-Unternehmer mittelst gefälliger Zuschrift vom 6. Juli d. J. eingereichten, an den Bundesrath gerichteten Eingaben von Fuhrwerks-Unternehmern, betreffend die Abänderung des § 59 des Viehseuchengesetzes, sind dem Bundesrath vorgelegt worden. Der letztere hat in der Sitzung vom 15. v. M. beschlossen, den Eingaben eine Folge nicht zu geben. — Ich stelle ergebenst anheim, den Betheiligten von diesem Beschluß Kenntniß zu geben. Der Reichskanzler. Rottenburg."

Aus den Provinzen.

△ **Stargard**, 15. März. Der Reichstagsabgeordnete Ahlwardt hat nach seiner Strafverbüßung sofort die agitatorische Thätigkeit wieder aufgenommen und da ihm die Provinz Pommern besonders am Herzen zu liegen scheint, will er diese zunächst beglücken. Für Sonnabend hat der hiesige „Deutsche" Verein zu einer Volksversammlung eingeladen, in der Ahlwardt über „den Untergang des deutschen Volkscharakters durch den jüdischen Geist" sprechen soll und sind „alle deutschen Männer" dazu willkommen, natürlich aber nur, wenn sie 30 Pf. Entree entrichten. Großen Erfolg wird Ahlwardt sicher hier nicht haben, denn es giebt wohl keine ungünstigere Zeit für antisemitische Agitationen als gegenwärtig, wo der Prozeß Plack-Schweinhagen in Berlin soviel Schmutz aus dem antisemitischen Lager zu Tage fördert.

□ **Treptow a. R.**, 15. März. Ueber das Vermögen des Zimmermeisters Lipke (derselbe ist flüchtig geworden) ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Rechtsanwalt Wehland. Anmeldefrist: 17. April.

Stralsund, 15. März. Die hiesige Handelskammer erläßt folgende Erklärung: „Die Handelskammer hat in ihren Sitzungen am 10. und 15. Februar d. J. beschlossen, in den am 21. Februar d. J. nach Berlin einberufenen Deutschen Handelstag einen Delegirten mit dem Auftrag zu entsenden, zu Gunsten des deutsch-russischen Handelsvertrages seine Stimme abzugeben, und das ist geschehen! Dadurch hat die Handelskammer nach ihrer vollsten Ueberzeugung nicht nur ihre Stellung zu dem Vertrage zum Ausdruck gebracht, sondern auch der ihr obliegenden Wahrung der Interessen des hiesigen Handelsstandes hinreichend und gerade durch ihren Anschluß an den gewiß schwerwiegenden deutschen Handelstag besser gedient, als wenn sie mit einer besonderen Petition ihrerseits lediglich die sogenannten Zählstimmen vermehrt haben würde. Um so bedauerlicher ist es, daß in der letzten Sitzung des bürgerschaftlichen Kollegiums vom Rathstische und ganz besonders aus der Mitte des Kollegiums heraus über die Haltung der Handelskammer in dieser Frage eine Kritik geübt worden ist, welche jeder thatsächlichen Grundlage entbehrt und dem Laien-Publikum die Befähigung einer zur Wahrnehmung der Handelsinteressen eingesetzten Behörde in mindestens sehr zweifelhaftem Lichte erscheinen lassen muß."

Stolp, 14. März. Die Spielwuth, welche auch in unserer Stadt grassirt, dürfte in den nächsten Tagen einen heilsamen Dämpfer erfahren. In Folge von Denunziationen hat sich nämlich herausgestellt, daß dem Laster des Hazardspieles in mehreren bekannten Lokalen heimlicherweise in erschreckendem Umfange gefröhnt wird, und der Staatsanwalt, welchem die Sache übergeben ist, wird in nächster Zeit das Strafverfahren gegen die betreffenden Wirthe einleiten. Das Unangenehme für einen größeren Theil der Bevölkerung liegt darin, daß viele angesehene Bürger — die täglich noch wachsende Zahl der Betheiligten wird bis jetzt auf 80 angegeben — in den Prozeß mit verwickelt werden, welcher beweisen wird, daß sie sich mit gewerbsmäßigen Spielern an einen Tisch gesetzt haben und, wie das nun einmal der Fluch des Hazardirens ist, theilweise stark gerupft worden sind, theilweise aber auch sich gegenseitig das sauer verdiente Geld abgenommen haben. Die Anklage wird sich wahrscheinlich auf Leute aus dem Mittelstande und den unteren Berufsklassen beschränken, weil diejenigen aus den höheren Gesellschaftsschichten nachweisen können, daß sie nur „unter sich" in „geschlossener" Gesellschaft gespielt haben. (Ztg. f. Hinterp.)

Kunst und Literatur.

Unter den neuen deutschen Wörterbüchern nimmt nächst Grimms großem Wörterbuch **Moriz Heyne, Deutsches Wörterbuch**, drei Bände, Leipzig bei S. Hirzel, die erste Stelle ein. Sander, Deutsches Wörterbuch ist reicher an Beispielen aus dem heutigen Deutsch, bringt aber nichts über die Abstammung, über die Formen und Bedeutungen in andern Mundarten, nicht einmal im Althochdeutschen und Mittelhochdeutschen. Hier verdient Heyne, Deutsches Wörterbuch unstreitig den Vorzug. Dies Wörterbuch giebt bei jedem Worte die Formen in den andern deutschen Mundarten, namentlich auch im Althochdeutschen und Mittelhochdeutschen nebst Bedeutung und Beispielen und bietet uns auf diese Weise die Geschichte jedes Wortes, sowohl seiner Formen als auch seiner Bedeutungen. Wir gewinnen dadurch für jedes Wort einen Einblick in die Geschichte seiner Gebrauchsweisen, und ein Verständniß seiner Entwickelung. Heyne's deutsches Wörterbuch bietet in allen diesen Beziehungen einen wahren Schatz. Die Darstellung ist kurz, klar, treffend. Billig sollte es in keiner Schulbibliothek fehlen. Von dem Buch sind bereits 5 Halbbände erschienen, welche alle Wörter von A bis Setzen enthalten. Das Buch ist also auch das neueste auf diesem Gebiete. [50]

Tolkmitt, Vorfluth und Flußregulirung. Ernste Betrachtungen. Leipzig bei Wilh. Engelmann. 80 Pf.

Der Verfasser weist die großen Gefahren nach, welche bei Flußregulirung durch Erhöhung des Flußbettes für Niederungen, wie das Oderbruch, entstehen können. Wir machen die betreffenden Kreise hierauf aufmerksam. [44]

Vermischte Nachrichten.

— Der Dowesche Panzer scheint zwar kugelfest zu sein, vor allerhand „Anfechtungen" hat er den Erfinder nicht zu bewahren vermocht, denn gleich nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses seiner Versuche regneten bei Herrn Dowe Briefe von allen Seiten ein. Der weitaus größte Theil derselben ist gewinnsüchtigen Absichten entsprungen. Abgesehen von einer Wittwe H., die vor 14 Jahren von ihrem Manne in einem Dachstock zu Baden-Baden hülflos zurückgelassen worden ist und von dem selbst mittellosen Dowe in Anbetracht seiner sicheren Geldquelle 100 Mark erbittet, verlangt eine furchtsame Wienerin postwendend mit Nachnahme einen kugelsicheren Panzer. Eine andere Dame aus Freiburg im Breisgau faßt die Erfindung von der Gefühlsseite an, indem sie die Vortheile an der Seite des Wittwers Dowe als Mutter seiner „lieben Kinder" sich zu sichern bestrebt ist. Die hübsch geschriebenen Zeilen bieten eine „sorgende Mutterhand" an und rühren von einer „in Haushaltung und Kindererziehung bewanderten Dame aus sehr guter Familie" her. — Ein Wiener, Namens Karl Schl., der „freies Verfügungsrecht über seine Person besitzt", will für Dowe mit der eigenen Person in die Schranken treten, indem er seine kugelsicher bepanzerte Brust als Ziel für die Schießversuche darbietet. Schl. ist bereit, „einen bedingungslosen Revers zu unterfertigen, so daß er die alleinige Verantwortung für sein Thun und Handeln zu tragen habe". Von einer anderen Seite zeigt sich ein Mühlenbesitzer G. aus Wadang, der als ebenbürtiger Urheber eines Panzers mit Dowe theilen oder seine eigene Erfindung billig an den Staat verkaufen will. Er sucht Dowe dadurch zu imponiren, daß er angeblich schon etwas schwierigere Erfindungen gemacht hat. Scharf zu Leibe geht dem armen Dowe ein Schlächtermeister H. aus Hamburg, der „ein Geheimniß erfunden" haben will, nach dessen Offenbarung Dowe seine „Erfindung in den Sand graben kann". Er will sich mit Dowe in herablassender Weise zusammenthun, sonst — übergiebt er ebenfalls sein Geheimniß der „Kumision in Berlin, mit der Dowe in Unterhandlung steht". Aber auch mit einem hochvornehmen Manne hat es Dowe zu thun. Dies ist Theodor N. aus Pfullendorf in Baden, dem es, wie er schreibt, „Ehrensache" ist, an Dowe für 8000 Mark eine „Beimischung" für den Panzer zu verkaufen, welche die Kraft der Kugel abschwächen soll. Was dieser biedere Erfinder damit meint, scheint er selbst nicht zu verstehen. Jedenfalls ist es auch in diesem Falle nur auf die Dowesche Börse abgesehen. Endlich sieht ein früherer Hauptmann aus Leipzig seine „Friedensideen" durch die Erfindung des Panzers verwirklicht. Seine Ausführungen darüber sind aber so verworren, daß man annehmen kann, er selbst sei mit seinen eigenen Friedensideen im Kriege. — Im Uebrigen theilt Dowe mit, daß sein angeschossener Panzer im Hause Bukowerstraße 10 in Berlin zur beliebigen Besichtigung ausgestellt ist.

— Einen Versuch über das Flugvermögen sogen. Kinderluftballons haben am 8. März mehrere Einjährige der ersten Kompagnie des Garde-Jägerbataillons in Potsdam gemacht. Sie kauften auf dem dortigen Jahrmarkt fünf Gummiballons, deren Bindfaden sie vereinigten und eine mit Adresse versehene Postkarte daran befestigten, um dann Nachmittags 5 Uhr 20 Minuten das „Luftschiff", mit der auf der Karte niedergeschriebenen Bitte, der „ehrliche Finder" möge sie unter Angabe von Ort und Zeit an den Adressaten absenden, fliegen zu lassen. Bereits am 10. März traf die Postkarte an den Adressaten mit folgender Mittheilung ein: „Reichenow bei Wriezen a. O., den 9. März 1894. Die Ballons mit der Karte fand ich heute Vormittag 9½ Uhr ca. 1¼ Kilometer SW. Reichenow an einer Beifußstaude hängend. Freiherr J. von Eckardstein." Die Ballons hatten also während der Nacht eine Reise gemacht, die in der Luftlinie 9 Meilen beträgt.

— Der milde Winter dieses Jahres, der selbst den „ältesten Leuten" eine gewisse Bewunderung abgewinnt, hat in früheren Jahrhunderten eine Reihe von Vorgängern gehabt, wenn man den Berichten z. B. der Limburger Chronik, den Jahrbüchern von Trithem, Luvacz, Thoaldo, Pilgram u. a. glauben darf. Sie berichten vielfach von Jahren, die durch einen gelinden Winter und eine hohe Temperatur im Frühling merkwürdig geworden sind. Von 1182 heißt es: „Der Winter war sehr milde; die Bäume hatten um Mariä Lichtmeß schon Früchte." 1186 war er so warm, daß an den meisten Orten im Januar und Februar die Bäume blühten. Die Raben und andere kleinere Vögel brüteten. 1287 blühten in Konstanz ebenfalls die Bäume; man pflückte Rosen, Veilchen und andere Blumen um Weihnachten. (?) Die Mädchen kamen mit Blumenkränzen geschmückt zur Kirche. Die Knaben badeten im Bodensee. 1289 war abermals ein sehr gelinder Winter. Noch vor Weihnachten fand man im Elsaß Blumen; an der Mosel grünten die Bäume, im Februar hatte man Erdbeeren, im April blühten die Trauben. In Oesterreich fand man vor Weihnachten Veilchen. Im Jahre 1323 glich der Winter dem Frühling. An der Mosel blühten die Bäume im Januar, die Trauben im April, um Pfingsten war Ernte. 1397 wurde an der Ostsee im Mai geerntet. Wein und Korn standen im Mai in gleicher Blüthe. In Koblenz und Boppard hatte man in der Pfingstwoche schon neues Brod. Der Winter des Jahres 1420 zeichnete sich durch eine sanfte Witterung besonders aus. An der Mosel blühten die Obstbäume am 20. März, die Trauben im April. Das Getreide hatte Ostern (7. April) vollkommene Aehren. Am 15. Mai gab es Kirschen. An der Mosel fing die Weinlese am 24. August an. 1426 blühten die Bäume um Nikolaus (6. Dezember), die Gärten und Felder waren voll Blumen. 1478 war von Weihnachten bis Dreikönigen fast alle Nächte Donnerwetter mit Hagel und sehr warmem Winde. 1306 fingen die Bäume im Februar an zu blühen; Raupen und Ameisen erschienen wie sonst um St. Johannes. 1520 hat man nur an einem Tage Eis und Schnee bemerkt. 1702 stellte sich um den halben März eine solche Hitze ein, wie sie fast nur im höchsten Sommer vorkommt. Gegen Ende dieses Monats blühten allgemein die Bäume, die Weinstöcke trugen Gescheine. 1708 fand man in Trier gegen Ende Januar Veilchen und Hyacinthen in Menge. 1723 begann die Traubenblüthe an der Mosel schon im Mai, im Jahre 1726 ebenfalls. 1783 waren die Frühlingsmonate stets von warmer Witterung begleitet. Um Jakobi fand man in Trier schon reife Trauben. Um auch dem Jahre 1894 einen Platz in den Jahrbüchern zu sichern, sei hinzugefügt, daß z. B. in einem Garten bei Oberlahnstein seit einigen Tagen ein Kirschbaum in voller Blüthe steht.

Leipzig, 15. März. Wie der „Leipziger General-Anzeiger" meldet, hat sich heute Vormittag in dem Hause Eisenbahnstraße 3 eine erschütternde Familien-Tragödie abgespielt. Der dort wohnhafte, erst seit Oktober vorigen Jahres verheirathete Kaufmann Buckisch hat sich mit seiner Frau vergiftet. Beide befanden sich in vollem Hochzeitsschmuck. Buckisch hatte die Schlüssel zu seiner Wohnung vorher der Polizei eingesandt. Ueber die Motive der That ist noch nichts bekannt; dieselbe erregt im ganzen Stadttheile allgemeine Theilnahme.

— (Sie kennt sich aus.) Privatier Meier (zu seiner Frau): „Heute muß ich drei Hasen schießen: einen für unsern Stammtisch beim Rößl, einen für den Schwager und den dritten für uns!" — Frau: „O, lieber Hugo, schieß' doch ja den dritten — zuerst!"

— (Von seinem Standpunkt.) Zauberkünstler: „Jetzt werd' ich mich gleich unsichtbar machen!" — Student: „Aha, Ihr Schneider in der Bude, was?"

— (Recht angenehm.) Mama, mit Frida im Konzert, äußert sich zu ihrer Nachbarin verwundert darüber, daß sie gar keinen Bekannten entdecken könne — als Frida plötzlich aufspringend ausruft: „Aber, Mama, da ist ja unser Gerichtsvollzieher!"

Bankwesen.

Paris, 15. März. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1 721 833 000, Zunahme 7 361 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 265 550 000, Abnahme 908 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialien Franks 612 381 000, Abnahme 17 437 000.
Notenumlauf Franks 3 507 486 000, Zunahme 253 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 401 054 000, Abnahme 12 641 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 116 756 000, Zunahme 1 370 000.
Gesammt-Vorschüsse Franks 284 574 000, Abnahme 5 369 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 4 937 000, Zunahme 258 000.
Verhältniß des Baarvorraths zum Noten-Umlauf 85,17 Prozent.

London, 15. März. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 23 526 000, Zunahme 633 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 24 026 000, Abnahme 209 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 30 752 000, Zunahme 423 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 24 475 000, Zunahme 131 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 28 161 000, Zunahme 849 000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 10 389 000, Abnahme 54 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 21 002 000, Zunahme 505 000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 8 934 000, unverändert.
Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 60¾ gegen 60⅜ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 109 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 32 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. März.
Wetter: Regnig. Temperatur + 4 Grad Reaumur. Barometer 755 Millimeter. Wind: Nordwest.

Weizen matt, per 1000 Kilogramm loko 133,00—137,00, per April-Mai 137,00 B. u. G., per Mai-Juni 138,50 B. u. G., per Juni-Juli 140,50 bez., B. u. G.

Roggen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loko 113,00—117,00, per April-Mai 119,00 G., 119,50 B., per Mai-Juni 121,00 B. u. G., per Juni-Juli 123,50—123,00 bez., per September-Oktober —,—.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 134,00 bis 144,00, feiner über Notiz.

Rüböl ohne Handel.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus matt, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 29,2 bez., per März 70er —,—, per April Mai 70er 29,5 nom., per Mai-Juni 70er —,—, per August-September 70er 31,3 nom., per September-Oktober —,—.

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 16. März.
Weizen per Mai 142,00 bis 141,75 Mark, per Juli 144,00 Mark, per September 146,00 Mark.

Roggen per Mai 124,75 bis 124,25 Mark, per Juli 126,00 Mark, per September 128,50 Mark.

Rüböl per April-Mai 44,20 Mark, per Oktober 45,30 Mark.

Spiritus loko 70er 30,90 Mark, per April 70er 35,40 Mark, per Juli 70er 36,40 Mark, per September 70er 37,10 Mark.

Hafer per Mai 131,50 per Juni 131,00 Mark.

Mais per Mai 104,00 Mark, per Juni 104,00 Mark.

Petroleum per März 18,60 Mark.

Berlin, 16. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	107,70	London kurz	—,—
do. do 3½%	101,60	London lang	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	87,50	Amsterdam kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	99,10	Paris kurz	—,—
do. Landescred.-B. 3½%	97,70	Belgien kurz	—,—
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	98,90	Berliner Dampfmühlen	117,50
do 3%	87,00	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	91,75
Italienische Rente	75,40	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	216,00
do. 3% Eisenb.-Oblig.	48,40	„Union", Fabrik chem. Produkte	126,75
Ungar. Goldrente	96,60	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	121,25
Rumän. 1881er amort. Rente	96,90	Anatol. 5% gar.-Esb Pr.-Obl.	60,00
Serbische 5% Tab.-Rente	64,00	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. v. 1890	27,00	Disconto-Commandit	192,40
Griechische 4% Goldrente	24,10	Berliner Handels-Gesellsch.	140,80
Russ. Boden-Credit 4½%	104,10	Oesterr. Credit	226,10
do. do von 1880	99,80	Dynamite Trust	135,90
Mexika. 6% Goldrente	60,30	Bochumer Gußstahlfabrik	139,10
Oesterr. Banknoten	163,80	Laurahütte	131,90
Russ. Banknoten Cassa	216,80	Harpener	139,90
do. do Ultimo	219,00	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	124,50
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	219,00	Dortm. Union St.-Pr. 6%	67,90
do. (110) 4%	102,50	Ostpreuß. Südbahn	94,20
do. (100) 4%	101,50	Marienburg-Mlawka-bahn	89,60
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,60	Mainzerbahn	117,90
Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	102,90	Norddeutscher Lloyd	115,75
Stett. Vulc.-Prioritäten	124,00	Lombarden	48,70
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg St.-Prm.-Akt. à 1000 M.	25,00	Franzosen	—,—
do. 6% Prioritäten	26,00		
Petersburg kurz	216,75		

Tendenz: abgeschwächt.

Paris, 15. März, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Besser.

		Kours v. 14.
3% amortisirb. Rente	99,25	99,50
3% Rente	99,45	99,50
Italienische 5% Rente	75,25	74,80
3% ungar. Goldrente	96,31	96,18
III. Orient	69,35	69,35
4% Russen de 1889	99,60	99,75
4% unifiz. Egypter	103, 0	103,95
4% Spanier äußere Anleihe	64,75	64,87
Convert. Türken	23,70	23,85
Türkische Loose	107,75	107,60
4% privil. Türk.-Obligationen	468,00	470,00
Franzosen	686,25	686,25
Lombarden	—,—	—,—
Banque ottomane	626,00	628,00
„ de Paris	642,50	643,00
„ d'escompte	10,00	—,—
Credit foncier	953,00	956,00
„ mobilier	—,—	—,—
Meridional-Aktien	527,00	—,—
Rio Tinto-Aktien	375,00	374,30
Suezkanal-Aktien	2817	2812
Credit Lyonnais	787,00	786,00
B. de France	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	448,00	452,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 7/16	122,50
Wechsel auf London kurz	25,19	25,20
Cheque auf London	25,20½	25,21½
Wechsel Amsterdam k.	206,50	206,56
„ Wien k.	199,75	199,75
„ Madrid k.	412,00	412,75
Comptoir d'Escompte, neue	13,00	13,00
Robinson-Aktien	—,—	140,62
Portugiesen	21,75	21,75
3% Russen	85,90	86,15
Privatdiskont	2,00	2,00

Hamburg, 15. März, Nachmittags 3 Uhr. **Zuckermarkt.** (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg, per März 12,90, per Mai 12,87½, per August 12,97½, per Oktober 12,32½. Ruhig.

Hamburg, 15. März, Nachmittags 3 Uhr. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 81,75, per Mai 81,00, per September 77,25, per Dezember 73,00 Schleppend.

Bremen, 15. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes **Petroleum.** (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Still. Loko 4,80 B. — **Baumwolle** stetig.

Wien, 15. März. **Getreidemarkt.** **Weizen per Frühjahr** 7,45 G., 7,47 B., per Mai-Juni 7,51 G., 7,53 B., per Herbst 7,69 G., 7,71 B. **Roggen per Frühjahr** 6,07 G., 6,09 B., per Mai-Juni 6,21 G., 6,23 B. **Mais** per Mai-Juni 5,36 G., 5,38 B. **Hafer** 7,07 G., 7,09 B.

Pest, 15. März, Vorm. 11 Uhr. **Produktenmarkt.** **Weizen** loko beh., per Frühjahr 7,23 G., 7,24 B., per Herbst 7,47 G., 7,48 B. **Hafer** per Frühjahr 6,99 G., 7,01 B. **Mais per Mai-Juni** 4,93 G., 4,94 B. **Kohlraps** per August-September 11,90 G., 12,00 B. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 15. März. **Bancazinn** 45,00.

Amsterdam, 15. März. **Java-Kaffee** good ordinary 51,75.

Amsterdam, 15. März, Nachmittags. **Getreidemarkt.** **Weizen** auf Termine per März —,—, per Mai 144,00, per November 149,00. **Roggen** per März 104,00, per Mai 106,00, per Juli 107,00, per Oktober 110,00. — **Rüböl** per Mai —,—, per Herbst —,—.

Antwerpen, 15. März. **Getreidemarkt.** **Weizen** ruhig. **Roggen** flau. **Hafer** flau. **Gerste** ruhig.

Antwerpen, 15. März, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. **Petroleummarkt.** (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12,12 bez., 12,25 B., per April 12,25 B., per Mai 12,25 B., per September-Dezember 12,25 B. Fest.

Paris, 15. März, Nachm. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) **Weizen** ruhig, per März 20,10, per April 20,30, per Mai-Juni 20,60, per Mai-August 20,70. **Roggen** unthätig, per März 14,20, per Mai-August 14,50. **Mehl** ruhig, per März 42,10, per April 42,60, per Mai-Juni 43,40, per Mai-August 43,70. **Rüböl** fest, per März 60,25, per April 60,25, per Mai-August 55,00, per September-Dezember 51,75. **Spiritus** beh., per März 36,75, per April 37,25, per Mai-August 37,75, per September-Dezember 37,50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 15. März, Nachmittags. **Rohzucker** (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 35,25 bis 35,50. **Weißer Zucker** beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 37,75, per April 37,87½, per Mai-August 38,00, per Oktober-Januar 35,12½.

London, 15. März. **Kupfer**, Chili bars good ordinary brands 41 Lstr. 2 Sh. 6 d. **Zinn** (Straits) 67 Lstr. 15 Sh. — d. **Zink** 15 Lstr. 17 Sh. 6 d. **Blei** 9 Lstr. 5 Sh. — d. **Roheisen.** Mixed numbers warrants 43 Sh. 2 d.

London, 15. März. **Chili-Kupfer** 41,00, per drei Monat 41 9/16.

London, 15. März. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Heiter.

London, 15. März. 96prozent. **Javazucker** loko 15,62, ruhig. **Rübenrohzucker** loko 12,87, ruhig. **Centrifugal-Cuba** —,—.

Glasgow, 15. März, Nachmittags. **Roheisen.** (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 3 d.

Newyork, 15. März. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 90 000, do. nach Frankreich 24 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 52 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 50 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Qrts.

Schiffsnachrichten.

Fiume, 15. März. Der ungarische Dreimaster „Union" ist in der Nähe der Insel Kreta gesunken. Die Mannschaft rettete sich mittels eines Bootes und langte nach fünftägiger Fahrt auf Kreta an.

Wasserstand.

Stettin, 16. März. Im Revier 17 Fuß 7 Zoll = 5,52 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 16. März. **Der russische Handels-Vertrag ist ohne namentliche Abstimmung angenommen.**

Berlin, 16. März. Reichstag und Abgeordnetenhaus werden sich heute bis zum 3. April vertagen. Im Abgeordnetenhause ist der Etat nicht völlig erledigt.

Der „Voss. Ztg." wird aus Petersburg telegraphirt, daß die Aufträge, die von Rußland aus an deutsche Eisenwerke unter der Bedingung des Zustandekommens des Handelsvertrages ergangen sind, sich auf vier Millionen Rubel belaufen.

Wien, 16. März. Eine der „N. Fr. Pr." zugehende Meldung aus Petersburg bestätigt das seit einigen Tagen zirkulirende Gerücht, daß der Bau des großen Kriegshafens in Libau, in Folge sich entgegenstellender unüberwindlicher Terrainschwierigkeiten, ernstlich in Frage gestellt sei. Wahrscheinlich werde nunmehr in Windau der Kriegshafen angelegt werden.

Brünn, 16. März. Vom 29. Juni bis 1. Juli wird hier ein österreichischer Typographen-Kongreß abgehalten werden.

Pest, 16. März. Nach neueren Nachrichten ist in dem Zustande Kossuths eine gelinde Besserung eingetreten.

Abbazia, 16. März. Die deutsche Kaiserin machte trotz des schlechten Wetters in Begleitung der vier ältesten Prinzen einen kleinen Spaziergang auf dem Wege nach Volosca zu. Nachmittags empfing die Kaiserin den Besuch des Großherzogs von Toscana, des Erzherzogs Josef und der Erzherzogin Klotilde. Zum Souper war der Kommandant des „Moltke", Koch, der dem Range nach älteste Schiffsoffizier Friedrich und der deutsche Vizekonsul in Fiume geladen. Trotz seines Inkognitos wird Kaiser Wilhelm bei seiner Ankunft in Abbazia feierlichst begrüßt werden. Kaiser Franz Josef wird nach den Osterfeiertagen hier eintreffen.

Amsterdam, 16. März. Bei einer von dem Sozialisten Nieuwenhoven abgehaltenen Versammlung wurde derselbe von der anwesenden Menge umringt und unter dem Rufe „Hoch Oranien!" und unter Absingung patriotischer Lieder sich zurückzuziehen gezwungen. Die Polizei mußte ihn vor der andringenden Menge schützen.

Brüssel, 16. März. Beim Verlassen des Theaters Alhambra wollte gestern Abend die Gemahlin des italienischen Gesandten Renzi's ihren Wagen besteigen, als ein Polizeibeamter dem Kutscher befahl, zurückzufahren, da Wagen an der betreffenden Stelle nicht halten dürften. Ein heftiger Wortwechsel entstand, dem die Dame durch Vorzeigen der Gesandtschaftskarte ein Ende machte. Wie verlautet, will der Gesandte beim Minister des Aeußeren Beschwerde führen.

Paris, 16. März. Der Attentäter in der Madeleinekirche heißt Pauwels und ist von Geburt ein Belgier. Die Mutter desselben wohnt in Paris. Pauwels selbst war aus Frankreich ausgewiesen.

Auf die Anfrage eines Abgeordneten in der Deputirtenkammer, warum die telegraphische Verbindung mit Madagascar in einem so schlechten Zustande sei, erwiderte Casimir Perier, daß die nöthigen Mittel zur Verbesserung derselben nicht vorhanden seien.

Venedig, 16. März. Das Räuberunwesen nimmt in Oberitalien erschreckend zu. Nach den Städten ziehende Landleute werden fortgesetzt überfallen und ausgeraubt, ohne daß es gelingt, die Räuber unschädlich zu machen.

In Verona stellten sämmtliche 1200 Arbeiter der dortigen Eisenbahn-Werkstätte die Arbeit ein.

London, 16. März. Die Regierungskommission stellte in der gestrigen Generalversammlung der Bank von England fest, daß der Oberkassirer May, der vor einigen Tagen entlassen wurde, Unterschlagungen im Betrage von 250 000 Pfund begangen. Es sollen energische Maßregeln getroffen werden, um eine Wiederholung solcher Veruntreuungen zu verhindern.

Belgrad, 16. März. Die Regierung beabsichtigt, sämmtliche Milizen zu entlassen und ist fest entschlossen, alle Radikalen aus dem Staatsdienst zu entfernen, wenn dieselben ihre Angriffe auf die Regierung fortsetzen sollten.